

Die Krise als Chance begreifen – Plädoyer für ein starkes Europa

Von Thorsten Schäfer-Gümbel (Fraktions- und Landesvorsitzender Hessen SPD)

Die Europäische Union steht heute an einem entscheidenden Wendepunkt ihrer Geschichte. Wenn die europäischen Staaten es nicht schaffen, die aktuelle Krise gemeinsam und solidarisch zu bewältigen und die Eurozone zerfällt, ist dies der Anfang vom Ende der gemeinsamen europäischen Idee. Ein Scheitern würde Europa in seinen Grundfesten erschüttern und das Jahrhundertprojekt, das Europa eine nie gekannte Periode von sozialem Frieden und wirtschaftlicher Prosperität geschenkt hat, im Kern treffen. Wir brauchen daher nicht weniger, sondern mehr Europa.

Die Kunst einer erfolgreichen Politik für ein gemeinsames, starkes Europa liegt deshalb darin, die derzeitige Krise als Chance zu begreifen. Anstatt in nationalstaatliche Egoismen zurückzufallen, ist es an der Zeit, gemeinsam mit den europäischen Partnern die Geburtsfehler der Europäischen Währungsunion aus der Ära Kohl zu überwinden und endlich die notwendige politische Gestaltung in sozialen, wirtschaftlichen und finanzpolitischen Fragen anzugehen. Eine Währungsunion ohne politische Steuerung funktioniert auf Dauer nicht. Dieses Erkenntnis muss sich endlich in den Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs niederschlagen.

Doch erst einmal gilt es, die aktuelle Schiefelage Europas zu bewältigen. Das Vertrauen in eine starke Gemeinschaft zurückzugewinnen, wird ohne ein schnelles Stützen und langfristiges Stabilisieren der Finanzmärkte nicht möglich sein. Die Finanzmarktkrise ist eben nicht vorbei, wir erleben gerade eine neue Stufe davon. Dabei muss die Bundesregierung endlich Schluss damit machen, jede Woche eine neue finanzpolitische Sau durchs europäische Dorf zu treiben! In der einen Woche sind es Eurobonds, in der nächsten eine Wirtschaftsregierung und dann wiederum eine Schuldenbremsen, die als Allheilmittel für die Euro-Zone herhalten soll. Bis jetzt existieren diese Begriffe jedoch nur als blutleere Worthülsen, die auch durch ihre mediale Verbreitung nicht an Kontur gewinnen. Ihre Form und Funktion müssen endlich klar definiert werden. Exemplarisch dafür steht doch die Debatte um

Eurobonds. Während die Kanzlerin und ihre Koalition das Gespenst der Vergemeinschaftung der Schulden an die Wand malen, hat Schwarz-Gelb längst ihre eigenen „Merkel-Bonds“ aufgelegt. Was anderes als die gemeinsame Übernahme von Risiken ist es denn, wenn die EZB Staatsanleihen angeschlagener Euro-Länder in Höhe von 120 Milliarden Euro aufkauft oder der EFSF-Rettungsschirm um 253 Millionen Euro aufgestockt wird? Auch hierfür bürgen die Steuerzahler! Darüber hinaus ramponiert der hasengleiche Zick-Zack-Kurs der Bundesregierung das Ansehen Europas im Inneren wie von Außen nur noch weiter. Auch die permanente Behauptung, alle zurzeit getroffenen europapolitischen Entscheidungen seien alternativlos, ist schlicht falsch und wird von der Bundesregierung in immer kürzer werdenden Zeitabschnitten selbst widerlegt.

Natürlich gibt es, auch in dieser schwierigen Situation, verschiedene Wege, die beschritten werden können. Den bestmöglichen Weg, der das gemeinsame Projekt Europa rettet, zu finden, ist eine Frage von klugen weitsichtigen Überlegungen, die alle möglichen finanzpolitischen Werkzeuge einbeziehen und daraus den richtigen Mix zusammensetzen. Dabei darf auch nicht vergessen werden: Gerade die Bundesrepublik Deutschland als exportorientierte Wirtschaftsnation würde ein Scheitern der Bemühungen deutlich teurer zu stehen kommen, als alle bislang diskutierten Instrumente!

Das Ergebnis ist ein Paket optimal aufeinander abgestimmter Maßnahmen und Instrumente. Nur durch ein solches Gesamtpaket können wir ein entsprechend starkes Signal der Geschlossenheit und der Solidarität aussenden, dass zu einer langfristigen Beruhigung der Märkte führt.

In ein solches Paket gehören etwa die überfällige Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer und eine strengere Haushaltsüberwachung, die Einnahmen und Ausgaben in den Blick nimmt wie auch eine europäische Ratingagentur. Die ins Stocken geratenen Regulierungen der Finanzmärkte müssen konsequent fortgesetzt werden. Es ist nahezu paradox, dass wir Teile der Banken zunehmend regulieren, aber wesentliche Teile der Spekulanten so weiter machen wie vor der Krise. Die Geschäfte, die außerhalb der Börsen stattfinden, sind intransparent und gefährlich. Deshalb gehören alle Transaktionen über die Börse abgewickelt, wo sie kontrolliert werden können. Auch deshalb sehen wir in der geplanten Fusion der Deutschen

Börse mit der Nyse/Euronext eine große Gefahr. Wir geben dadurch möglicherweise eine zentrale Steuerungseinheit für Europa aus der Hand!

Letztlich wird es auch notwendig sein, weitere Kompetenzen in Europa zu bündeln. Europa muss sozialer und demokratischer werden, dazu müssen wir Kommission und Parlament weiterentwickeln. Nicht die Kleinstaaterei hat uns vorangebracht, die Kooperation und Solidarität war ein Erfolgsfaktor in der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas.

Bei all diesen Bemühungen dürfen aber nationale Parlamente, Bundesländer oder Bundesrat nicht außen vor gelassen werden. Nur wer die notwendigen Schritte auch ausreichend diskutiert und kommuniziert, erreicht die Bürgerinnen und Bürger, deren Vertrauen in Europa und in die europäischen Institutionen den Erfolg der Gemeinschaft unerlässlich ist. Eine Bundesregierung die hektische Entscheidungen in nächtlichen Hinterzimmer-Sitzungen trifft, ist hiervon weit entfernt.